

Anfragen zum Plenum in der 5. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die Haushaltsausgaben zum 31. Dezember 2015 im Bereich der Feuerschutzsteuer und wofür werden diese im Haushaltsjahr 2016 verwendet?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zulässig und auch rechtlich möglich, dass jeder Beschäftigte eines Bezirksklinikums – einschließlich der Forensischen Abteilungen – in Bayern, insbesondere auch im Bezirkskrankenhaus Straubing, eine Fixierung oder sonstige „Strafmaßnahmen“ gegenüber Untergebrachten bzw. Patienten anordnen darf, also auch Personen des Sicherheitsdienstes, Pflegehelferinnen bzw. -helfer, Stationshilfen, Reinigungspersonal oder auch sonstige Mitarbeiter auf den Stationen, werden diese besonderen Maßnahmen vorab von den Stationsärztinnen und -ärzten angeordnet oder mit ihnen abgesprochen, und ist sichergestellt, dass diese besonderen Maßnahmen protokolliert und in der Patientenakte dokumentiert werden?

Margarete Bause
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele schulpflichtige Schülerinnen und Schüler besuchen im aktuellen Schuljahr eine Abschlussklasse einer Berufsintegrationsklasse, eine Abschlussklasse einer Integrationsklasse einer Mittelschule oder befinden sich in sonstigen Maßnahmen (bitte einzelne Maßnahmen aufzählen) und mit wie vielen Schülerinnen und Schülern in Abschlussklassen rechnet die Staatsregierung jeweils in den Schuljahren 2016/2017 und 2017/2018 (bitte nach einzelnen Jahren und Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass der ICE nun doch über die Tagesrandzeiten hinaus in Coburg halten wird (Systemhalt), ist die neue Regionalexpress(RE)-Linie auf der Strecke Nürnberg – Bamberg – Coburg – Sonneberg ein zusätzliches Angebot zum Systemhalt für Coburg und wann wird der Bahnhof Coburg für die Bahnkunden endlich barrierefrei sein?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem in der Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt- und Verbraucherschutz nicht wirklich geklärt werden konnte, was mit den am Bayern-Ei-Standort Ettling produzierten Eiern zwischen dem 28. Juli 2014 (Einstellung der Junghennen abgeschlossen)

und dem 25. August 2014 passierte, und auch ein Zusammenhang mit einem in Oberfranken positiv auf Salmonellen getesteten Kuchen und dem Salmonellenvorkommen bei der Firma Bayern-Ei GmbH & Co. KG bestritten wurde, frage ich die Staatsregierung, wohin die einzelnen Tagesproduktionen an Eiern aus dem Standort Ettling vom 28. Juli 2014 bis einschließlich 25. August 2014 geliefert wurden (bitte für jeden einzelnen Tag in diesem Zeitraum mit Angabe aller Empfängerländer und der Güte- bzw. Materialklasse auflisten), wie genau die zuständigen Behörden die Zusage der Firma Bayern-Ei GmbH & Co. KG im August 2014 überprüften, ab dem 13. August 2014 vorerst freiwillig nur B-Eier auszuliefern, und aufgrund welcher Tatsachen der Staatsminister Dr. Marcel Huber in der o.g. Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz am 14. Januar 2016 behauptete, der Fall „Salmonellen in Erdbeerschnitte“ in Oberfranken habe nach Abschluss der Ermittlungen keinen Bezug zu der Firma Bayern-Ei GmbH & Co. KG gehabt (so vermerkt im Wortprotokoll der Ausschusssitzung für Umwelt und Verbraucherschutz), obwohl es im Technical Report „Multi-country outbreak of Salmonella Enteritidis infections associated with consumption of eggs from Germany“ der EFSA (= Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) und ECDC (= Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten) vom 26. August 2014 heißt, „Isolates from a sample of a Salmonella-contaminated strawberry cake, identified in Germany through an investigation unrelated to this outbreak, also share similar molecular characteristics to the human cases.“?

Kerstin Celina
(GRU)

Nachdem die Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen u.a. mit dem Ausbau der Festung Marienberg zum Landesmuseum begründet wird, frage ich die Staatsregierung nach dem konkreten Zeitplan des Ausbaus, in welcher Weise die Räumlichkeiten, die durch den Auszug der Außenstelle des Staatsarchivs Würzburg aus der Festung frei würden, für das geplante Landesmuseum konkret genutzt werden sollen und wie lange die Archivalien der Außenstelle nach derzeitigem Stand in der Festung mindestens verbleiben können?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie hat über die Höhe des Rabatts im Rahmen des Abrechnungssystems, das derzeit den Untersuchungsausschuss „Labor“ beschäftigt (also die prozentuale Differenz zwischen dem Einkaufspreis, den die Labore den Einsendeärztinnen und -ärzten berechneten, und dem Weiterverkaufspreis, den diese wiederum den Patientinnen und Patienten in Rechnung stellten, wenn sie Speziallaborleistungen widerrechtlich als eigene an die Patientinnen und Patienten weiterverkauft haben), wer jetzt diese Gewinnspanne vereinnahmt und was die Staatsregierung veranlasst hat, um die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) diesbezüglich zugunsten der Patientinnen und Patienten, Krankenkassen und Steuerzahlerinnen und -zahlern anzupassen?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge haben nach Kenntnisstand der Staatsregierung zwischen dem 1. August 2015 und dem 31. Januar 2016 (bitte aufgeschlüsselt nach Ankunfts-zahlen der einzelnen Kalendertage) die österreichisch-bayerische Grenze überschritten?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlings- und Asylbe-werberkinder gibt es nach den aktuellsten Zahlen der Staatsregie-rung im Vergleich zum Anfang des Schuljahres 2015/2016 (in absoluten Zahlen und bitte aufgeschlüsselt nach schul- und be-rufsschulpflichtig und je Regierungsbezirk), wie viele davon wer-den aktuell im Schuljahr 2015/2016 beschult bzw. nicht beschult (in absoluten Zahlen und unter Angabe der jeweiligen Schulart und Art der Klasse, wie beispielsweise Übergangsklasse oder ko-operative Vorklasse zum Berufsintegrationsjahr bzw. Klasse im kooperativen Berufsvorbereitungsjahr) und wie viele der 1.079 vom Landtag bewilligten Planstellen – 730 für Grund- und Mittel-schulen und 349 für Berufsschulen – wurden seit dem 1. Janu-ar 2016 bereits besetzt (bitte getrennt aufschlüsseln nach Grund-schulen, Mittelschulen und berufliche Schulen sowie dem absol-vierten Lehramt der eingestellten Personen und der Anzahl der sich in einer „Qualifizierungsmaßnahme zum Lehramt Mittel-schule“ bereits befindenden und angemeldeten Personen)?

Dr. Linus Förster
(SPD)

Aufgrund der jüngsten wiederholten Ablehnung der Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts in Deutschland durch den Freistaat Bayern im Bundesrat frage ich die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Aufhebung des vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärten § 8 Abs. 1 Nr. 2 des Transsexuellengesetzes (vgl. BVerfGE 121, 175) durch Ge-setz zur Änderung des Transsexuellengesetzes (Transsexuellenge-setz-Änderungsgesetz – TSG-ÄndG) vom 17. Juli 2009 (BGBl. I, S. 1978), ob die Staatsregierung im Hinblick auf das Fortbestehen der Ehe zwischen zwei Personen, von denen eine während der Ehe ihre Transsexualität entdeckt und eine operative Geschlechts-umwandlung vornimmt, anerkennt, dass vom Ehegrundrecht des Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) Ehen von verschiedenge-schlechtlichen und gleichgeschlechtlichen Personen als erfasst angesehen werden, ist die Staatsregierung der Meinung, dass das Grundgesetz die Ausgestaltung des Ehebegriffs dem einfachen Gesetzgeber überlassen hat bzw. was sind die Gründe dafür, dass die Staatsregierung eine Erstreckung der Zivilehe auf gleichge-schlechtliche Paare bisher ablehnt?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen legt sie kein eigenes bayerisches Förderprogramm mit Kaufprämien für Elekt-roautos auf, anstatt die Bundesregierung aufzufordern, ein För-derprogramm aufzulegen, inwieweit sollen nach dem Vorschlag der Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner vom 26. Januar 2016 Hybrid- bzw. reine Elektrofahrzeuge subventioniert werden, inwieweit wurde beim Vorschlag von der Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, wettbewerbsrechtlich ge-

prüft, dass es die volle Kaufprämie von 5.000 Euro (pro gekauftes Elektroauto 3.500 Euro Kaufprämie vom Freistaat und 1.500 Euro Preisnachlass der Hersteller Audi oder BMW) nur gibt, wenn ein Audi oder BMW gekauft werden soll?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Nachdem die Firma Wittmann Entsorgungswirtschaft GmbH (die die Müllentsorgung der Gemeinde Gräfelfing betreibt) aufgrund einer Steuerprüfung zu einer Umsatzsteuernachzahlung für die Jahre 2006 bis 2010 verpflichtet wurde, diese Nachzahlung der Gemeinde Gräfelfing in Rechnung stellte, was vom Hauptausschuss aber am 2. Februar 2014 abgelehnt wurde, der neue Hauptausschuss aber am 3. Juni 2014 beschloss, dass (obwohl „kein Verschulden der Gemeinde erkennbar“ sei und „somit keine rechtliche Grundlage für die Forderung“ der Firma bestehe) „im Hinblick auf die bestehenden guten Geschäftsbeziehungen“ zur Firma im Wege der „Kulanz“ 50 Prozent der Forderung in Höhe von 4.526,00 Euro von der Gemeinde übernommen werde, frage ich die Staatsregierung, ob dieses Verhalten der Gemeinde ordnungsgemäß ist und insbesondere den Haushaltsgrundsätzen der Gemeindeordnung entspricht?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Reformen – wie Reduzierung der Schulämter – im Bereich der Schulverwaltung konkret geplant sind, welche Einsparungen in diesem Bereich dadurch gemacht werden und welche inhaltlichen Auswirkungen eine Reduzierung der Schulämter auf die Eigenverantwortung der Schulen hat?

Ulrike Gote
(GRU)

Nachdem der Bahnhof Hildbrandsgrün auf der Strecke Münchenberg – Helmbrechts seit Dezember 2015 aufgrund mangelnder technischer Ausstattung nicht mehr angefahren wird, frage ich die Staatsregierung, wie sie das Vorgehen der Deutschen Bahn AG bewertet, was genau die rechtlichen Vorgaben für die Ertüchtigung des Bahnhofs hinsichtlich Lampen und elektronischen Anzeigetafeln vorsehen und wie in diesem Fall rasch eine Einigung zwischen Bahn und Gemeinde herbeigeführt werden kann, um eine dauerhafte Stilllegung zu verhindern?

Martin Güll
(SPD)

Nachdem in Kürze die Informationsabende in den bayerischen Gymnasien abgehalten werden, frage ich die Staatsregierung, ob zum Schuljahr 2016/2017 an den 47 Pilotschulen wieder neue achte Klassen und/oder an weiteren bayerischen Gymnasien, die bisher nicht am Pilotversuch „Mittelstufe Plus“ teilnehmen, neue achte Klassen eingerichtet werden und welche ersten Erkenntnisse aus dem Pilotversuch bereits gesammelt werden konnten?

Harald Güller
(SPD)

Hinsichtlich der Personalstärke der Polizeiinspektionen in Schwaben frage ich die Staatsregierung, wie die jeweilige Sollstärke ist und wie sich demgegenüber aktuell die Iststärke und die verfügbare Personalstärke darstellen (Angaben bitte nach Polizeiinspektionen aufgeteilt und in der gleichen Form wie auf meine Anfrage zum Plenum vom 24. März 2014, Drucksache 17/1214 vom 27. März 2014, Seite 8)?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Bezugnehmend auf die Schriftlichen Anfragen des Abgeordneten Markus Rinderspacher vom 22. Oktober 2015 betreffend Sanierungsbedarf und Bauwerkserneuerungen bei den Brücken in staatlicher Baulast in den sieben Regierungsbezirken und die Antworten des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 13. Dezember 2015 hierzu (Drs. 17/9566 und 17/9567) frage ich die Staatsregierung, welche Brücken in staatlicher Baulast in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Unterfranken den Zustandsbereichen 4, 5 und 6 zugeordnet sind, bei welchen dieser Brücken es vorgesehen ist, sie bis 2018 in das koordinierte Bau- und Erhaltungsprogramm bzw. in das Sonderprogramm Brückenertüchtigung etc. aufzunehmen und welche Kosten für die jeweilig notwendige Maßnahme einzuplanen sind?

Joachim Hanisch
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele in Bayern gestellte Asyl-anträge wurden im Jahr 2015 abgelehnt, wie viele Asylbewerber wurden im Jahr 2015 aus Bayern in ihre Herkunftsländer zurückgeführt (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken) und wie viele Asylbewerber sind im Jahr 2015 freiwillig aus Bayern ausgereist (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken)?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich jeweils die Anzahl der Planstellen sowie der tatsächlich besetzten Stellen bei der Polizei (Landes- und Bereitschaftspolizei) seit 2000 bis heute jährlich - in Relation zur Einwohnerzahl Bayerns - entwickelt?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel stehen 2016 im Vergleich zum Vorjahr für eine Förderung in Sonderbaulast nach Art.13f des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) bayernweit und davon anteilmäßig für den Regierungsbezirk Schwaben (bitte auflisten) zur Verfügung, in welchem Umfang können die bei der Regierung von Schwaben eingereichten Förderanträge (beantragte Fördersumme insgesamt auflisten) in 2016 bedient werden und warum wird der Antrag der Gemeinde Burgberg zum Bau eines Geh- und Radweges an der Staatsstraße 2007 in 2016 nicht mit in die Förderung aufgenommen?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerber und Asylbewerberinnen momentan in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen (Dependancen und Notunterkünfte bitte ebenfalls dazu zählen), im Gemeinschaftsunterkunftssystem und im Rahmen des UN-Resettlement-Programms in Bayern untergebracht bzw. verteilt sind (bitte alle Angaben getrennt anhand der Regierungsbezirke sortiert aufzählen und die Stichtage 1. Januar .2015 und 1. Januar 2016 festhalten)?

Alexander König
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Wortlaut hat die von ihr zur Neueinteilung des Bundeswahlkreises Coburg-Kronach abgegebene Stellungnahme, wurden andere Lösungsansätze ernsthaft erwogen und warum sind diese nach Ansicht der Staatsregierung weniger geeignet, die verfassungsmäßig erforderliche Mindestgröße des Bundeswahlkreises Coburg-Kronach herbeizuführen?

Dr. Herbert Kränzlein
(SPD)

Nachdem die „Süddeutsche Zeitung“ in ihren Ausgaben vom 4. und 7. Januar 2016 berichtete, dass die Staatsregierung die Auffassung vertritt, dass eine sogenannte Aufwärtskompatibilität, die Möglichkeit den geplanten Regionalzughalt an der Poccistraße in kurzer Zeit auch zu einer S-Bahnhaltestelle zu erweitern, für den geplanten Bahnhof nicht notwendig ist, frage ich die Staatsregierung, welche Gründe für die Ablehnung des erweiterten Ausbaus der Haltestelle Poccistraße in München vonseiten der Staatsregierung vorliegen?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Hektar bis zur Zielerreichung sind bei den einzelnen 2016 angebotenen KULAP-Maßnahmen (KULAP = Kulturlandschaftsprogramm) noch möglich und welche Priorisierung bei den eingehenden Anträgen wird bei den angebotenen Maßnahmen vorgenommen?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind nach ihrer Kenntnis die durchschnittlichen Kosten, die eine Gemeinde zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels aufbringen muss (ggf. relativ dargestellt als „pro Einwohner“, oder „pro Mietwohnung“), wie unterstützt die Staatsregierung Gemeinden, die einen Mietspiegel einführen wollen und wie wird diese eventuelle Unterstützung angenommen?

Jürgen Mistol
(GRU)

Nachdem laut Medienberichten bislang nur das Land Niedersachsen Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes zur Förderung von Investitionen von finanzschwachen Kommunen abgerufen hat, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang wurden im Freistaat Bayern bislang Förderanträge bei den Regierungen gestellt, welche Projekte wurde bewilligt (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken) und in welchem Umfang wurden Zuschüsse bereits ausbezahlt?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Vollkostenstellen werden derzeit in der Asylsozialberatung in den bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten gefördert und wie viele Asylbewerberinnen und -bewerber werden dadurch betreut?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Universitäten, Forschungsinstitute, Unternehmen oder sonstige Einrichtungen werden konkret laut Pressemitteilung „Dritte Förderrunde der Bayerischen Forschungstiftung 2015“ des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie vom 16. Dezember 2015 durch die Bayerische Forschungstiftung gefördert und welche weiteren Fördermittel aus Bayern, Bund und EU erhalten diese Forschungsvorhaben (aufgelistet nach Projekt, Projektträger und Art und Höhe der Mittel)?

Verena Osgyan
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist aktuell der Anteil an Frauen innerhalb der Assistenzärztinnen und -ärzte, der Oberärztinnen und -ärzte und der Chefärztinnen und -ärzte an bayerischen Universitätskliniken?

- Kathi Petersen**
(SPD) Vor dem Hintergrund der Verlängerung des Förderprogramms „Initiative Inklusion“ bis 2018 frage ich die Staatsregierung, wie viele neue Arbeitsplätze für ältere Menschen mit Behinderung bzw. Ausbildungsplätze für junge Menschen mit Behinderung seit 2012 im Regierungsbezirk Unterfranken eine Förderung erhalten haben, wie hoch die jeweiligen Förderungen waren und wie viele entsprechende Anträge abschlägig verbeschieden worden sind?
- Prof. Dr. Michael Piazolo**
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, welche Bedeutung sie der Pflege des kulturellen Erbes des bayerischen Komponisten Richard Strauss beimisst, die maßgeblich durch den Markt Garmisch-Partenkirchen und dessen Bemühungen in der Ausrichtung des berühmten Richard-Strauss-Festivals sowie durch die Unterhaltung des Richard-Strauss-Instituts getragen wird, welche unterstützenden Maßnahmen, in konzeptueller und finanzieller Hinsicht, die Staatsregierung plant, um das bayerische Musikfestival zu Gedenken des Komponisten Richard Strauss auch in den Folgejahren (ab 2017) zu sichern und welche konkreten Vorschläge und Maßnahmen die Staatsregierung in Zukunft erbringen und leisten kann, um den Markt Garmisch-Partenkirchen grundsätzlich bei der Pflege des kulturellen Erbes des Komponisten Richard Strauss nachhaltig zu unterstützen?
- Markus Rinderspacher**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, was sind die Eckpunkte ihres angeblichen Konzeptes zur Grenzsicherung mit Blick auf sachliche Veränderungen (Schlagbäume, Zäune etc.), auf Personaleinsatz (Anzahl Polizisten und Einsatzstunden) und auf Einsatzmaßnahmen?
- Florian Ritter**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen führten zu den Festnahmen von Gegendemonstrantinnen und -demonstranten am Rande der PEGIDA-Versammlung am Montag, den 11. Januar 2016, in München und in welchen Zusammenhängen wurden diese Kennzeichen verwendet?
- Georg Rosenthal**
(SPD) Nachdem im November 2016 bei Ministerpräsident Horst Seehofer ein Brief von 29 Abgeordneten des US-Kongresses eingegangen ist, indem sie von ihm „mehr Dialog und Kooperation“ bei der Rückgabe von Kunstwerken, die einst von den Nationalsozialisten geraubt wurden, fordern, frage ich die Staatsregierung, was Ministerpräsident Horst Seehofer auf den Brief der US-Abgeordneten geantwortet hat und welche Maßnahmen er gedenkt zu unternehmen?
- Eberhard Rotter**
(CSU) Nachdem seit Mitte Dezember 2015 die Neigetechnik-Triebzüge vom Typ VT 612 auf Anordnung des Eisenbahnbundesamtes (EBA) mit ausgeschalteter Neigetechnik fahren, was zu längeren Fahrzeiten und daher häufig zu Anschlussverlusten in den Knotenbahnhöfen führt und wodurch im Freistaat Bayern zahlreiche Fahrgäste, insbesondere Berufspendler, Schüler, Studierende und Wochenendheimfahrer in Nordostbayern und im Allgäu betroffen sind, frage ich die Staatsregierung, ob ihr bzw. der Bayerischen

Eisenbahngesellschaft (BEG) das „Problem“ bekannt ist, welche Schritte sie – auch gegenüber dem EBA – unternommen hat, das angeblich bei einzelnen Triebzügen aufgetretene technische Problem alsbald zu beheben und bis wann die Züge endlich wieder fahrplanmäßig oder aber nach einem zuverlässigen Ersatzfahrplan, wie dies beispielsweise in Baden-Württemberg geschieht, verkehren können?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Aufgrund des Umstands, dass aus Art. 18a Abs. 15 Satz 1 der Gemeindeordnung (GO) nicht eindeutig hervorgeht, ob bei am gleichen Tag durchgeführten widersprüchlichen Bürgerentscheiden über ein Bürgerbegehren einerseits und ein konkurrierendes Ratsbegehren andererseits das Paritätsgebot nur für den mit Bürgerbegehren beantragten Bürgerentscheid oder auch für den vom Gemeinderat gemäß Art. 18a Abs. 2 GO zugleich zur Abstimmung unterbreiteten konkurrierenden Bürgerentscheid zu beachten ist, frage ich die Staatsregierung, ob sie im Hinblick auf diese verschiedentlich als unzureichend empfundenen Praxis eine ergänzende Regelung des Art. 18a Abs. 15 Satz 1 GO in dem Sinn für erforderlich hält, dass die gemeindliche Öffentlichkeitsarbeit insgesamt als Einheit zu behandeln ist, so dass die Auffassungen der Initiatoren eines Bürgerbegehrens und des Gemeinderats auch bei mehreren Bürgerentscheiden zum gleichen Thema im gleichen Umfang dargestellt werden dürfen, wenn nein, ergibt sich ein Rechtsanspruch der Initiatoren eines zu einem ratsinitiierten Bürgerentscheid konkurrierenden Bürgerbegehrens auf den Abdruck ihrer Äußerung zum Ratsbegehren im gemeindlichen Amtsblatt aus einer anderen Vorschrift der Gemeindeordnung und wenn ja, um welche Vorschrift der Gemeindeordnung handelt es sich?

Franz Schindler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Berechtigungen zur Führung von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen mit PTB-Prüfzeichen sind in Bayern seit der Einführung des sogenannten Kleinen Waffenscheins im Jahr 2003 erteilt worden und trifft es zu, dass die Zahl der Anträge auf Ausstellung eines Kleinen Waffenscheins seit September 2015 auffallend stark zugenommen hat und falls ja, wie beurteilt die Staatsregierung diese Tendenz im Hinblick auf die innere Sicherheit in Bayern?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung die Ortsumgehung der Stadt Stein in Mittelfranken für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet hat, frage ich Staatsregierung, wie der Planungsstand ist, wie die Planungen genau aussehen und wie die aktuelle Kostenschätzung ist?

Katharina Schulze
(GRU)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich in den vergangenen Tagen auch in Bayern (z.B. in Landshut) selbsternannte und rassistisch geprägte „Bürgerwehren“ gebildet haben, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über die Bildung von „Bürgerwehren“ in Bayern (einzelne Orte, an denen sich „Bürgerwehren“ gebildet haben, bitte einzeln auflisten) – und insbesondere über deren Verbindungen in die rechtsextreme Szene – hat, wie sie das Gefährdungspotenzial dieser „Bürgerwehren“ –

insbesondere für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund – einschätzt und welche Maßnahmen die bayerischen Sicherheitsbehörden unternehmen, um den Aktivitäten dieser selbsternannten „Bürgerwehren“ entgegenzuwirken?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Aufgabe(n) hat die bei der Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder am 17. und 18. Juni 2015 in Stuttgart eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Asylrecht, welche Länder sind in dieser Arbeitsgruppe vertreten und welche Ergebnisse der Arbeitsgruppe liegen bis jetzt vor?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen wird im KULAP 2016 (KULAP = Kulturlandschaftsprogramm) die Maßnahme B28 nicht mehr angeboten, wie stellt die Staatsregierung sicher, dass die für die Stabilisierung der Trinkwasserqualität wichtigen Grünlandinsaatflächen mit Ackerstatus in Wasserschutzgebieten weiterhin nicht umgebrochen werden müssen und welche Lösungen schlägt die Staatsregierung den Kooperationen zwischen Landwirten, Kommunen und Wasserzweckverbänden zur zukünftigen Sicherstellung eines weiterhin guten Zustands des Trinkwassers vor?

Kathrin Sonnenholzner
(SPD)

Nachdem die Umsetzung des Baus einer Flüchtlingsunterkunft auf dem Gelände der Straßenmeisterei in der Landsberger Straße in 82205 Gilching (Grundstück im Eigentum der Immobilien Freistaat Bayern) zwar seit Juli 2015 beschlossene Sache ist, aber seitdem keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen sind, obwohl die Regierung von Oberbayern signalisiert hat, dass sie die Unterkunft selbst bauen wolle und nicht das Landratsamt Starnberg, frage ich die Staatsregierung, ob es bereits einen konkreten Beschluss hinsichtlich einer finanziellen Zuweisung für dieses Projekt gibt, welcher Zeitplan für die Umsetzung dieses Projekts erarbeitet wurde und für welchen Zeitraum diese Unterkunft errichtet werden soll?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, mit welcher Begründung nur Staatsjuristinnen und -juristen den Rechtsbildungskurs (den so genannten Wertekurs) unterrichten dürfen, ob man genügend Lehrkräfte dadurch rekrutieren kann und mit wie viel ausfallenden Arbeitsstunden man bei den Beamtinnen und Beamten dadurch rechnet?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft wurde in den vergangenen drei Jahren an bayerischen Schlachthöfen ein Antrag auf betäubungsloses Schlachten (Schächten) gestellt und wie oft wurde ein diesbezüglicher Antrag genehmigt?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang fiel seit Beginn des Schuljahrs 2015/2016 bis einschließlich 30. Januar 2016 Sportunterricht aus, da, ausgehend von der Nennung der jeweils betroffenen staatlichen und staatlich anerkannten Schulen, deren Turnhallen für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt wurden bzw. werden?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen leitet sie ein bzw. initiiert sie, um die Lebenssituation in den Heimatländern der Menschen, die vor Not, Elend und Krieg zu uns flüchten, zu verbessern, nachdem immer wieder führende Mandatsträger der CSU äußern, dass man etwas für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern tun müsse?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Im Hinblick auf die Vorschrift des Art. 35 des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes (BayStVollzG), wonach Gefangenen in dringenden Fällen gestattet werden kann, auf eigene Kosten Ferngespräche mit Personen außerhalb der Anstalt zu führen, frage ich die Staatsregierung, ob in den bayerischen Justizvollzugsanstalten den Gefangenen ausreichend Fernsprechgeräte zugänglich sind, wie wird die Überwachung der Ferngespräche von Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten organisiert und ist die Staatsregierung der Meinung, dass im Hinblick auf das Resozialisierungsgebot Telefonkontakte von Gefangenen mit Personen außerhalb der Anstalt gefördert werden sollen, wenn persönliche Besuche nicht möglich sind?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, sind ihr auf formellem oder informellem Wege Informationen übermittelt worden, wonach der Betreiber des Atomkraftwerks Gundremmingen den Leistungsbetrieb des Block B nicht bis zum 31. Dezember 2017 aufrechterhalten will?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Im Hinblick darauf, dass gegen Flüchtlinge, die zeitnah einen Asylantrag stellen, eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen unerlaubter Einreise in Tateinheit mit unerlaubtem Aufenthalt bei einem erstmaligen Verstoß gegen das Aufenthaltsgesetz in der Regel gemäß § 153 Abs. 1 der Strafprozessordnung bzw. § 45 Abs. 1 des Jugendgerichtsgesetzes sanktionslos eingestellt werden, weil die Schuld gering erscheint und kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung besteht, frage ich die Staatsregierung, ob sie Bestrebungen unterstützt, die darauf abzielen, den Straftatbestand der unerlaubten Einreise von Flüchtlingen nach § 95 Abs. 1 Nr. 3 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) aufzuheben und welchen Änderungsbedarf sie darüber hinaus bei den Strafvorschriften nach §§ 95 ff. AufenthG im Lichte der Anwendung in der Praxis sieht?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen bzw. -bewerber gibt es in Niederbayern und wie viele Außenstellen der Erstaufnahmeeinrichtungen existieren aktuell und wo genau?

Herbert Woerlein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang werden in Bayern derzeit pensionierte Lehrkräfte zur Beschulung der Flüchtlingskinder angeworben, in welchem Umfang werden Lehrkräfte angeworben, die bereits aus den offiziellen Wartelisten gefallen sind, und wie sehen die Vertragsrahmenbedingungen für die speziell zur Unterrichtung der Flüchtlingskinder eingestellten Lehrkräfte aus (Befristungen etc.)?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob dem Senat aller Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunsthochschulen Bayerns die laut Art. 25 Abs. 1 Nr. 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vorgeschriebenen zwei Vertreter oder Vertreterinnen der Studierenden angehören und falls nicht, wie das zu begründen ist?